

Sächsische Dorfzeitung

Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: „Illustriertes Sonntags-Blatt“

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Alttadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Tharandt und die Gemeinden Oberlößnitz und Radebeul.

Anzeigen-Preise:

Die einseitige Seite 15 Pfg., unter „Angeboten“ 40 Pfg. Anzeigenannahme erfolgt bis mittags 12 Uhr. — Anzeigenstellen sind: Ulfers Geschäftsstelle, Rats-Meiner Straße Nr. 4, Jannitschstr., Rosenstr. & Doyler, Rats-Meiner, G. E. Dreyse & Co. in Leipzig, Straßburgerstr. 11; G. Hoff in Krefeld; Hugo Müller in Krefeld; Broda, Otto Dietrich in Bielefeld; Hugo Gilly in Esslingen; Leostra, Emil Hölzer in Radebeul; R. G. Göttsch in Dresden-Mittelsch.; Seibert in Chemnitz; Otto Kuntz in Götting; Seusch in Leipzig.

Telephon: Dresden, Nr. 3916.

Bezugsbedingungen:

Die „Dorfzeitung“ erscheint jeden Wochentag nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1,00 Mark vierteljährlich oder 60 Pfg. für jeden Monat. Die „Dorfzeitung“ ist zu beziehen durch die hiesigen Buchhandlungen, die Landbriefträger und durch Postämter. Bei früher Lieferung ins Haus erhebt die Post noch die Zustellungsgebühr von 40 Pfg.

Telegraph-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Nr. 181.

Dresden, Sonntag, den 6. August 1905.

67. Jahrgang.

Das Neueste.

Im Lohnkampf in der sächsisch-thüringischen Färberei und Weberei sind von behördlicher Seite Vermittlungsversuche eingeleitet worden.

Der Mörder des Oberpostpraktikanten Heide (Mord am Brocken) ist in Thale am Harz verhaftet worden. Es ist ein junger, aus Frankfurt a. M. stammender Kaufmann von 17 1/2 Jahren, der zuvor seinen Vater beraubt hatte.

Dem Regentenpaar von Lippe ist am Freitag eine Tochter geboren.

Die süddeutschen Textilindustriellen planen die allgemeine Einführung des Fehnstundenarbeitstages auf ihren Betrieben.

Die russische Besatzung von Sachalin hat sich am 31. Juli in der Stärke von 3271 Mann den Japanern ergeben.

Der König von Portugal wird in seiner Eigenschaft als britischer Admiral die Manöver der englischen Flotte an der portugiesischen Küste leiten.

Der Stand der Feuerbestattungsfrage in Sachsen.

Die Frage der Feuerbestattung im Königreiche Sachsen ist bekanntlich vor einigen Tagen wieder agerollt worden und zwar durch ein Rundschreiben, welches die 15 Vereine für Feuerbestattung in Sachsen an die Stadträte und Stadtverordneten von 143 sächsischen Städten gerichtet haben. In diesem Rundschreiben wird die Bitte ausgesprochen, sich einer Petition anzuschließen, welche die genannten Vereine an die Ständekammern zur Erreichung eines Beschlusses zu Gunsten der fakultativen Feuerbestattung in Sachsen richten wollen. In den letzten Tagen haben sich nun bereits eine Anzahl sächsischer Stadtgemeinden teils für, teils gegen den Anschluß an die Petition ausgesprochen. Bekanntlich ist die Frage der Feuerbestattung bereits im letzten Landtage in der Ersten Kammer behandelt worden und zwar im Anschluß an die Petitionen der sächsischen Kollegien zu Leipzig und des Vereins für Feuerbestattung in Leipzig und Genossen um Zulassung der Feuerbestattung im Königreiche Sachsen und entsprechende Ergänzung der einschlägigen Gesetzgebung. Diese Petition war in der Ersten Kammer der Gegenstand einer eingehenden Debatte, an der sich nach einem ausführlichen Referat des Herrn Oberbürgermeister Dr. Schmid unter anderen auch der Vizepräsident des evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrats Oberhofprediger Dr. Ackermann beteiligte. Er sagte unter anderem: „Daß eine kirchliche Behörde die Verbrennung der Leichen empfehlen oder auch nur die Hand dazu bieten werde, das können billig Denkende nicht erwarten und diese Stellung hat denn auch das evangelisch-lutherische Landeskonfessionsrat der Bewegung der Feuerbestattung gegenüber von Anfang an eingenommen. Es hat sich in diesem Sinne schon 1875 auf Veranlassung des königlichen Kultusministeriums ausgesprochen und dann wiederholt in einzelnen Verordnungen an Kircheninspektionen. In gleichem Sinne hat sich auch die Landessynode von 1901 prinzipiell geäußert und wir sind vorhin daran erinnert worden, daß man in anderen deutschen evangelischen Landeskirchen denselben Standpunkt einnimmt. Die Eisenacher Konferenz im Jahre 1898 ist für die Beibehaltung der im christlichen Volks- und Gemeinbewußtsein tief begründeten Begräbnisriten mit aller Entschiedenheit eingetreten.“ Die vierte Deputation der Ersten Kammer hatte damals gegen eine Stimme vorgeschlagen, die Petition der königlichen Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, um eine Anregung zu geben „zu eingehender, sachlicher Prüfung, zur Festsetzung der Erfahrungen, die anderwärts mit der fakultativen Feuerbestattung gemacht worden sind, und daß erwogen wird, ob und wie dem jetzigen nicht ganz einmütigen Zustande der Dinge ein Ende gemacht werden kann.“ Trotz dieses Gutachtens beschloß die Erste Kammer, die Petition auf sich beruhen zu lassen und

zwar mit 21 von 39 Stimmen. Wie wir nun aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind die im letzten Landtage zur Feuerbestattungsfrage gestellten Anträge gegenwärtig der Gegenstand eingehender Erwägungen bei der königl. Sächsischen Staatsregierung. Die Regierung hat sich jedenfalls der Ansicht nicht verschrieben, daß dem gegenwärtigen Zustande in dieser Frage ein Ende gemacht werden muß. Da auch in der letzten Landessynode Stimmen laut geworden sind, die sich nicht mehr so schroff gegen die fakultative Feuerbestattung ausgesprochen haben, so ist eine landesgesetzliche Regelung der Angelegenheit wahrscheinlich in nicht allzuferner Zeit zu erwarten. Jedenfalls aber dürfte sich der im Herbst zusammentretende sächsische Landtag wiederum eingehend mit der ganzen Frage beschäftigen.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Gegenüber einer auswärtigen Blätternachricht, daß der Großherzog von Hessen die Zusammenkunft zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren vermittelt hätte, wird auf Grund genauerer Informationen mitgeteilt, daß an maßgebender Stelle in Darmstadt von einer derartigen Vermittlung nichts bekannt ist.

Der Regent von Braunschweig Prinz Albrecht von Preußen traf in Swinemünde ein, um den Schießübungen der Marine beizuwohnen.

Die Ankunft des Königs von England in Marienbad ist endgültig auf den 14. d. M., 3 Uhr nachmittags, festgesetzt.

An dem Festmahle, das König Oskar für die Offiziere des deutschen Geschwaders im Stockholmer Schlosse gab, nahmen u. a. teil Großadmiral v. Köster, Ministerpräsident Lundberg, Kriegsminister Lingsten, Marineminister Lindman, der deutsche Gesandte v. Müller und der deutsche Generalkonsul v. Krenski. Der König trug deutsche Admiralsuniform. König Oskar brachte auf den Deutschen Kaiser einen Trinkspruch in deutscher Sprache aus, in dem er seine Dankbarkeit für die Freundschaft ausdrückte, die Kaiser Wilhelm ihm seit seiner Thronbesteigung erwiesen habe. Hierauf toastete der König, ebenfalls in deutscher Sprache, auf die deutsche Marine, deren mächtige und schnelle Entwicklung bei jedermann Bewunderung erwecken müsse, am meisten aber bei denjenigen, welche, wie er selbst, von Jugend auf der Flotte angehört hätten; er sei in Wahrheit stolz darauf, die Erlaubnis erhalten zu haben, ihre Uniform zu tragen. Großadmiral v. Köster erwiderte unter anderem: „Die deutsche Marine hat bei ihrer Entwicklung das Glück gehabt, schwedische Offiziere als Lehrer zu haben. Meine Kameraden vereinen sich mit mir in einem von Herzen kommenden Hoch auf den König von Schweden und Norwegen.“

Minister Ruhstrat erhielt von der Lehrerschaft des Großherzogtums ein einmütiges Vertrauensvotum, in dem das unerschütterliche Vertrauen zur Amtsführung des Ministers ausgesprochen wird.

Der Rektor der Universität Kiel genehmigte den von der Studentenschaft beschlossenen neuen Studentenausschuß, welcher die Ausschließung aller konfessionellen Verbindungen vorsieht.

Ein nachahmenswertes Vorgehen hat die königliche Eisenbahndirektion Elberfeld eingeschlagen, um ihren Beamten und Arbeitern Hausbrandkohle zu ermäßigten Preisen verschaffen zu können. Sie hat selbst die Kohlenversorgung in die Hand genommen und mit verschiedenen niederrheinisch-westfälischen Hechen Verträge über große Kohlenlieferungen abgeschlossen. Die Kohlen werden in ganzen Waggonladungen von der Hech bezogen und dann an die einzelnen Abnehmer verteilt.

Der 21. landwirtschaftliche Genossenschaftstag findet am 17., 18. und 19. August in Straßburg i. E. statt. Vorträge werden unter anderem halten: „Ueber die Bedeutung der sittlichen und religiösen Triebfedern in der genossenschaftlichen Arbeit“ Pastor Kuster-Lößnitz; „Ueber die Organisation des genossenschaftlichen Revisionswesens“ Freiherr v. Mengershausen-Rürnberg; über das Thema „Wie können landwirtschaftliche Genossenschaften sich an den zur Hebung

des Milchkonsums in den Städten dienlichen organischen Maßnahmen wirksam beteiligen und betätigen?“ Volkerei-Instruktor Schwarz-Bonn. Weitere Themata lauten: „Welche weitere Erfahrungen sind auf dem Gebiete des Winzer-Genossenschaftswesens gemacht worden? Berichterstatter: Verbandsdirektor Freiherr v. Loe-Burg-Bergerhausen.“ „Entspricht die dermalige genossenschaftliche Organisation den Bedürfnissen der deutschen Landwirte gegenüber der immer stärker werdenden Ringbildung?“ Berichterstatter Hauptmann a. D. Schmidt-Frankfurt a. D. „Wie wirken Volkereigenossenschaften auf die Förderung der Viehzucht ein und steht der ersteren Wirksamkeit in Widerspruch mit derjenigen der letzteren?“ Berichterstatter: Verbandsdirektor Blasius-Straßburg und Kreisierarzt Dr. Stang-Straßburg.

Münzprägungen. Aus den Geschäftskreisen werden in den letzten Jahren Wünsche namentlich nach Erweiterung der Prägung von Kronen laut. Sieht man sich die Prägungsergebnisse der letzten Jahre an, so wird man auch finden, daß diesem Wunsche entsprochen wird. Während im Jahre 1900 für 13,9 Millionen Mark, im Jahre 1901 für 10,1 Millionen Mark und im Jahre 1902 für 12,3 Millionen Mark Kronen hergestellt wurden, machte ihre Prägung im Jahre 1903 rund 30,1 und 1904 rund 19 Millionen Mark aus. Auch im Jahre 1905 wird auf eine umfassende Prägung dieses Münzstückes, das im Verkehr sich großer Beliebtheit erfreut, gesehen. Wenn die Prägung von silbernen Fünfmarkstücken im Jahre 1904 gegenüber den Vorjahren bedeutend nachgelassen hat, so ist das auf eine besondere Ursache zurückzuführen. Von einem Prägungsbetrage in Höhe von 11,3 Millionen im Jahre 1900 stiegen die hergestellten Fünfmarkstücke im Jahre 1901 auf 12,3, im 1902 auf 20, in 1903 auf 40,2 Millionen Mark, um auf 9,7 Millionen Mark in 1904 zu fallen.

Zur Bestätigung der Meldung, daß die Regierung der englischen Kapkolonie Nahrungsmittel für die deutschen Truppen in Südwestafrika als Kriegskontingente behandelt, veröffentlicht Louispach, der Londoner Sekretär der Southafrican Territories Company, ein Schreiben des Kolonial-Unterschatziers der Kapkolonie an die Southafrican Territories Company, in welchem erklärt wird, die Regierung der Kapkolonie wolle nicht zulassen, daß das Gebiet der Kolonie direkt oder indirekt als Zufuhrbasis für die deutschen Truppen benutzt werde, weil die Möglichkeit bestehe, daß sich der Zustand der Eingeborenen auf die Stämme an der Grenze ausdehne. Auf die Vorstellungen der Gesellschaft hin, daß diese Handlungsweise tatsächlich bedeuten würde, daß nicht nur die deutschen Truppen, sondern auch die Zivilbevölkerung von Warmbad, darunter viele Engländer, Hunger leiden müßten, gab die Regierung der Kapkolonie die Erlaubnis, monatlich eine beschränkte Menge von Vorräten über den Dransefluß zu senden, welche für den Bedarf der Zivilisten für ausreichend geschätzt werde.

Frankreich. Der Abgeordnete Rouannet richtete an den Justizminister ein langes Schreiben, in dem er eine Interpellation wegen folgender Punkte ankündet: 1. über Maßnahmen gegen jene Spekulanten, die auf dem französischen Futtermarkte zum Schaden der französischen Futtermittelherstellung und zum Nutzen des ausländischen Marktes spekulieren, 2. über den Stand des erhöhten Schutzes, den die Regierung und die Justizbehörden Jalouot angeheben lassen, der die Sparabteilung des „Printemps“ in unredlicher Weise verwaltet habe. Rouannet fährt fort, daß Jalouot in den von ihm geführten nationalistischen Blättern den Kredit des Staates angegriffen habe und hierdurch viele leichtgläubige Leser dieser Blätter in der Tat veranlaßt habe, ihre Einlagen aus der staatlichen Sparkasse zurückzuziehen und der Sparabteilung des „Printemps“ anzuerkennen. Anstatt nun gegen Jalouot, der jetzt die Rückzahlung verweigert, gerichtlich vorzugehen, habe die Regierung die großen Bankunternehmen zur Intervention veranlaßt, um die Interessen der Einleger zu schützen. Die langmütige Haltung der Regierung erzeuge öffentliches Aergernis. — 1909 soll in Paris eine Ausstellung des Arbeiterlebens stattfinden. Im Auftrage des Handelsministers ist aus Beamten und Parlamentariern eine vorbereitende Kommission gebildet worden.